

**Antrag 150/II/2024****KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Schutz von Krankenhausmitarbeitenden vor steigender Gewalt**

1 Auf Landes- und Bundesebene soll ein Lagebild zu gewalt-  
2 vollen Übergriffen in Krankenhäusern erstellt werden und  
3 daraus eine Strategie erarbeitet werden, die das Kranken-  
4 hauspersonal besser schützt und die Gewalt eindämmt.

5

**6 Begründung**

7 In letzter Zeit häufen sich Angriffe auf Mitarbeitende in  
8 Krankenhäusern und Kliniken in Deutschland. Pflegeper-  
9 sonal und medizinisches Personal sind vermehrt Gewalt  
10 ausgesetzt während sie ihrer Arbeit nachgehen. Im April  
11 2024 hatte eine repräsentative Umfrage im Auftrag der  
12 Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) ergeben, dass  
13 Klinikangestellte immer häufiger von gewaltsamen Über-  
14 griffen betroffen sind. 73 Prozent der Kliniken gaben an,  
15 die Zahl der Übergriffe habe in ihren Häusern in den ver-  
16 gangenen fünf Jahren mäßig (53 Prozent) oder deutlich  
17 (20 Prozent) zugenommen. 80 Prozent der Kliniken ga-  
18 ben an, dass der Pflegedienst weit überwiegend von Ge-  
19 walt betroffen sei. Die Hälfte der Kliniken nennt die Not-  
20 aufnahme als besonders von Übergriffen belasteten Be-  
21 reich. Als eine der Hauptursachen für Gewalt nannten 73  
22 Prozent der Kliniken einen allgemeinen Respektverlust ge-  
23 genüber Krankenhauspersonal.

24 Abgesehen von der o.g. Umfrage gibt es keine umfassende  
25 Erfassung der Übergriffe. Hierfür ist zunächst eine statis-  
26 tische Erfassung aller Übergriffe in einem Kriminalitätsla-  
27 gebild erforderlich – dies kann zunächst auf Landesebene  
28 und dann auf Bundesebene erfolgen.

29 Des Weiteren gibt es auf Landes- oder Bundesebene keine  
30 gemeinsame Strategie oder Konzept diese Form der Krimi-  
31 nalität zu begegnen. Hier braucht es neben Aufklärungs-  
32 kampagnen auch aktiv Schulungsangebote für gefährde-  
33 tes Personal im Schutzraum Krankenhaus; besonders ge-  
34 schulte Einheiten bei der Landespolizei. So sollten beson-  
35 ders betroffene Krankenhäuser Beratung erhalten, welche  
36 Schutzmaßnahmen ergriffen werden können (z.B. Notfall-  
37 knopfknopf auf den Stationen). Die betroffenen Mitarbei-  
38 tenden dürfen nicht allein gelassen werden mit der stei-  
39 genden Aggressivität und brauchen ein Signal aus der Po-  
40 litik, dass das Problem ernst genommen wird.